



INHALTSVERZEICHNIS

14.40.0 Bebauungsplan Algersdorfer Straße – Lerchengasse – Vinzenzgasse, Beschluss	2
06.33.0 Bebauungsplan Trattenweg Südseite, Entwurf	8
13.03.2 Bebauungsplan Waldweg, 2. Änderung, Entwurf	9
Änderung der Grazer Straßenmusikverordnung 2012	10
Trassenverordnung	12
Gemeinderatssitzung vom 19. Oktober 2023	14
Gemeinderatssitzung vom 16. November 2023	14
Nachruf Prof. Harald Seewann	14
Nachruf Gregor Hammerl	14
Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2023	15
Impressum	16

VERORDNUNG

Beschluss

GZ.: A14-087795/2023/0021

14.40.0 Bebauungsplan

„Algersdorfer Straße – Lerchengasse – Vinzenzgasse“

XIV. Bez., KG 63107 Algersdorf

Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 16. Mai 2024, mit der in Vollziehung der Aufgaben der örtlichen Raumordnung der 14.40.0 Bebauungsplan „Algersdorfer Straße – Lerchengasse – Vinzenzgasse“ beschlossen wird.

Aufgrund der §§ 40 und 41 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 StROG idF. LGBl. Nr. 73/2023 in Verbindung mit den §§ 8, 11 und 89 Abs. 4 des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 idF. LGBl. Nr. 73/2023 und § 3 Abs. 1 der Bebauungsdichteverordnung 1993 idF. LGBl. Nr. 51/2023 wird verordnet:

§ 1 ALLGEMEINES

Der Bebauungsplan besteht aus dem Wortlaut (Verordnungstext) und der zeichnerischen Darstellung (Plan) samt Planzeichenerklärung.

§ 2 BEBAUUNGSWEISEN, NUTZUNGEN, MINDESTWOHNUNGSGRÖSSEN

- (1) Baufeld A: gekuppelte, geschlossene Bebauung
Baufeld B: offene, gekuppelte Bebauung
- (2) Ein Bereich der Nicht-Wohnnutzung im straßenseitigen Erdgeschoß ist parallel von der Fassadenebene zur Vinzenzgasse festgelegt. Dieser Bereich der Nicht-Wohnnutzung ist mit der Tiefe des Grundstückes, bzw. mit der Tiefe des Gebäudes bemessen.
- (3) Die Mindestwohnungsgröße hat 30,00 m² zu betragen.

§ 3 BAUFELDER, BEBAUUNGSGRAD, BODENVERSIEGELUNG

- (1) Das Baufeld A umfasst die Grundstücke 262/21, 262/35, 262/31, 359, 262/22, .611, 259/162, .625, .145, 259/67, .156, 259/66, .174, 259/153, .146, 259/65, .147, alle KG 63107 Algersdorf.
- (2) Das Baufeld B umfasst die Grundstücke .391, .392 und zum Teil das Grundstück 262/40, alle KG 63107 Algersdorf.
- (3) Für das Baufeld A ist eine straßenseitige Bebauung nur dann möglich, wenn Gebäude bzw. Gebäudeteile im Hofbereich bis spätestens zum Zeitpunkt der Einbringung der Fertigstellungsanzeige des straßenseitigen Gebäudes tatsächlich abgebrochen wurden.

- (4) Der Bebauungsgrad wird als Verhältnis der überbauten Fläche zur Bauplatzfläche definiert.
 Der Bebauungsgrad wird wie folgt festgelegt:
 Grundstück 262/21: max. Bebauungsgrad: 0,50
 Grundstücke: 262/35, 262/31, 262/22 und 259/162 max. Bebauungsgrad: 0,35
 Grundstücke: .391, .392 max. Bebauungsgrad: 0,45
 Grundstück: 262/40 (zum Teil) max. Bebauungsgrad: 0,35
- (5) Der Versiegelungsgrad für das Baufeld B wird wie folgt festgelegt:
 max. Versiegelungsgrad: 0,4
- (6) Im Bauverfahren muss der Nachweis der Bodenversiegelung in Anwendung und Erfüllung der Verordnung des Grünflächenfaktors der Stadt Graz erbracht werden.

§ 4 BAUFLUCHT- UND BAUGRENZLINIEN

- (1) Im Plan sind die Bauflucht- und Baugrenzlinien für Haupt- und Nebengebäude festgelegt.
- (2) Innerhalb der Baufluchtlinien und Baugrenzlinien sind Unterschreitungen der baugesetzlichen Abstände gemäß den Bestimmungen des § 13 Stmk. BauG zulässig.
- (3) Die Baugrenzlinien gelten nicht für Tiefgaragenrampen und deren Einhausungen, Liftzubauten (für Bestandsgebäude), Kellerabgänge und deren Einhausungen und dergleichen.
- (4) Balkone dürfen maximal 2,0 m über die Baugrenzlinie vortreten.
- (5) Über die Baufluchtlinie hervortretenden Gebäudeteile wie Erker, Loggien, Balkone und ähnliches sind nicht zulässig.

§ 5 GESCHOSSANZAHL, DÄCHER, ERDGESCHOSSZONE

- (1) Am Baufeld A sind ausschließlich Satteldächer mit einer Dachneigung vom 25 Grad bis 41 Grad zulässig. Die Hauptfirstrichtung der Satteldächer hat parallel zu den jeweils angrenzenden Straßenzügen zu verlaufen.
- (2) Am Baufeld A und B bei Satteldächern, sind Haustechnikanlagen ausschließlich innerhalb der Gebäudehülle zu situieren.
- (3) Baufeld A: Im Plan sind die jeweils maximal zulässigen Geschoßanzahlen eingetragen. Es gelten folgende maximal zulässige Gebäudehöhen = Traufenhöhen und maximal zulässige Gesamthöhen.

Als Höhenbezugspunkt gilt das jeweilige angrenzende Gehsteigniveau.

Für das Grundstück 262/40, KG 63107 Algersdorf beziehen sich die festgelegten Gebäudehöhen und Gesamthöhen auf folgenden Höhenbezugspunkt: + 366,20 im Präzisionsnivellament.

Geschoßanzahl Baufeld A	maximal zulässige Gebäudehöhe = Traufenhöhe	maximal zulässige Gesamthöhe
4 G	max. 13,50 m	max. 19,50 m

- (4) Am Baufeld B sind sowohl Satteldächer mit einer Dachneigung vom 25 Grad bis 41 Grad, als auch Flachdächer und flach geneigte Dächer mit einer Dachneigung von 0 Grad bis max. 10 Grad zulässig.
- (5) Baufeld B: Entsprechend der Angabe im Plan, ist ein Gebäude mit einem zurückspringenden Penthousegeschoß möglich. Dieses Penthousegeschoß kann über dem vierten Geschoß errichtet werden und hat einen allseitigen Rückversatz von mindestens 2,0 m von der jeweiligen Vorderkante der Fassade des darunterliegenden Geschoßes aufzuweisen.
- (6) Baufeld B: Im Plan sind die jeweils maximal zulässigen Geschoßanzahlen eingetragen. Es gelten folgende maximal zulässige Gebäudehöhen = Traufenhöhen und maximal zulässige Gesamthöhen. Als Höhenbezugspunkt gilt das jeweilige angrenzende Gehsteigniveau.

Geschoßanzahl Baufeld B	maximal zulässige Gebäudehöhe = Traufen- bzw. Attikahöhe	maximal zulässige Gesamthöhe = Firsthöhe bzw. Höhe Dach Penthouse
4 G + DG	max. 12,50 m	max. 19,0 m
4 G + PH	max. 12,50 m	max. 16,0 m

- (7) Am Baufeld B sind bei Flachdächern und flach geneigten Dächern bis 10 Grad Haustechnikanlagen mit einem Sichtschutz (z.B. Lochblech, Streckmetall) einzuhausen. Einhausungen mit Haustechnikanlagen sind mindestens 3,0 m vom Dachsaum (straßenseitig sowie innenhofseitig) gemessen, zurück zu versetzen. Flach geneigte Photovoltaik Anlagen sind nicht zwingend einzuhausen.
- (8) Für das Baufeld B gilt, dass die Nutzung der Dachflächen (für z.B. Dachterrassen) auf den Geschoßdecken über dem 4. Geschoß (Penthousegeschoß) nicht zulässig ist. Zulässig sind über dem 4. Geschoß jedoch flach geneigte Photovoltaikanlagen.
- (9) Flachdächer und flach geneigte Dächer bis zu 10 Grad sind zu begrünen. Dabei ist eine Substrathöhe von mindestens 15 cm vorzusehen. Davon ausgenommen sind Dachterrassen, Vordächer, Glasdachkonstruktionen sowie technisch erforderliche Ausbildungen wie z.B. Stiegenhäuser und Lifte bis höchstens 1/3 der Dachflächen pro Bauplatz.
- (10) Für maximal 1/3 der straßenseitigen Fassadenlänge im Erdgeschoß sind Fahrradabstellräume, Technikräume, Müllräume und dergleichen – angepasst an die Fassadengestaltung – zulässig.
- (11) Für das gesamte Baufeld A und für straßenseitige Gebäude zur Vinzenzgasse am Baufeld B gilt, dass im Falle einer Wohnnutzung im Erdgeschoß, die Höhe der jeweiligen Fußbodenoberkante dieser Räume mindestens 1,0 m vom jeweiligen straßenseitig angrenzenden Gehsteigniveau erhöht ausgeführt werden muss.

§ 6 FORMALE GESTALTUNG VON GEBÄUDEN

- (1) Straßenseitige Laubengänge und Balkone sind nicht zulässig.
- (2) Bei hofseitigen Balkonen ist die Tiefe des Balkons als Mindestabstand zu den seitlichen Nachbargrundgrenzen einzuhalten.
- (3) Balkone und Terrassen in der Höhe der Dachtraufe sowie darüber sind nicht zulässig.
- (4) Bei Satteldächern haben eingeschnittene Dachterrassen und Dachgaupen von der Traufe mindestens 1,0 m und von First und Ortgang jeweils mindestens 1,50 m Abstand einzuhalten. Die Summe der Längen von Dachterrassen und Dachgaupen hat weniger als die halbe Gebäudelänge zu betragen.
- (5) Dachgaupen sind nur in einer Ebene des Daches möglich.
- (6) Dauerhafte Überdachungen von Terrasseneinschnitten bei Steildächern sind nur innerhalb der Dachebene zulässig.
- (7) Bei der Farbgestaltung der Fassaden darf ein Hellbezugswert von 30 nicht unterschritten, und ein Hellbezugswert von 85 nicht überschritten werden.
- (8) Großflächige Glasfassaden und großflächige reflektierende Metallfassaden oberhalb des Erdgeschoßes nicht zulässig.

§ 7 PKW-ABSTELLPLÄTZE, FAHRRADABSTELLPLÄTZE

- (1) Pkw-Abstellplätze sind in Tiefgaragen oder im Gebäude integriert zu errichten.
- (2) Bei Neubauten mit Wohnnutzung ist je 70 – 80 m² Wohnnutzfläche ein Pkw-Abstellplatz herzustellen. Diese Werte sind jeweils die Ober- bzw. Untergrenze.
- (3) Die Wohnnutzfläche ist die gesamte Bodenfläche einer Wohnung abzüglich der Wandstärken. Keller- und Dachbodenräume, Balkone, Terrassen sind bei der Berechnung der Nutzfläche nicht zu berücksichtigen.
- (4) Bei einer Bauplatzgröße von weniger als 800 m² entfällt die Verpflichtung zur Herstellung von Pkw-Stellplätzen gem. § 89 des Stmk. Baugesetzes.
- (5) Tiefgaragenrampen sind einzuhausen.
- (6) Pkw-Abstellplätze können auch außerhalb des jeweiligen Bauplatzes, jedoch innerhalb des Gültigkeitsbereiches des Bebauungsplanes angeordnet werden.
- (7) Bauplatzübergreifende Tiefgaragen sind zulässig.
- (8) Je angefangene 35 m² Wohnnutzfläche sowie je angefangene 50 m² Nutzfläche bei anderen Nutzungen als Wohnnutzung ist ein Fahrradabstellplatz herzustellen.
- (9) Bei Neubauten sind Fahrradabstellplätze überwiegend im Gebäude zu integrieren.
- (10) Oberirdische Fahrradabstellplätze außerhalb der Baugrenzlinien dürfen nicht überdacht werden.

§ 8 FREIFLÄCHEN, GRÜNGESTALTUNG

- (1) Nicht bebaute Flächen sind zu begrünen.
- (2) Es gilt der Erhalt eines Mindestanteils an unversiegeltem und nicht unterbautem Boden von 10% pro Bauplatz.
- (3) Die Anzahl der zu pflanzenden Bäume hat mindestens den Eintragungen im Bebauungsplan zu entsprechen. Geringfügige Abweichungen der Lage der im Bebauungsplan eingetragenen Bäume sind zulässig.

- (4) Pro 250 m² unbebauter Bauplatzfläche ist zumindest ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei Erhalt von Bestandsbäumen kann die Anzahl der Neupflanzungen um die Anzahl der erhaltenen Bestandsbäume reduziert werden.
- (5) Bäume sind als Laubbäume in Baumschulqualität, mit einem Mindeststammumfang von 18|20 cm, gemessen in 1,0 m Höhe, zu pflanzen und zu erhalten.
- (6) Für breitkronige, hochstämmige Bäume (1. Ordnung) ist bei versickerungsfähigem Umfeld eine offene Baumscheibe von netto mind. 6,00 m², beziehungsweise bei versiegeltem Umfeld eine offene Baumscheibe von netto mind. 9,00 m² herzustellen.
- (7) Für mittelkronige, kleine bis halbhohe Bäume (2. Ordnung) ist bei versickerungsfähigem Umfeld eine offene Baumscheibe von netto mind. 6,00 m², beziehungsweise bei versiegeltem Umfeld eine offene Baumscheibe von netto mind. 9,00 m² herzustellen.
- (8) Der Baumachsabstand bis zum aufgehenden Mauerwerk hat

bei Laubbäume 1. Ordnung (großkronig)	mind. 9,00 m
bei Laubbäume 2. Ordnung (mittelkronig)	mind. 6,00 m
bei Laubbäume 3. Ordnung (kleinkronig, säulenförmig)	mind. 3,00 m

 zu betragen.
- (9) Die Decke von nicht überbauten Tiefgaragen ist mit einer Vegetationsschicht von mindestens 1,0 m Höhe niveaugleich mit dem angrenzenden Gelände zu überdecken.
- (10) Stützmauern dürfen eine Höhe von 0,5 m nicht überschreiten, diese sind mit immergrünen Pflanzen zu vollflächig und dauerhaft zu begrünen.
- (11) Stützmauern aus Löffelsteinen oder aus großformatigen Steinen sind unzulässig.
- (12) Im Bauverfahren ist ein Außenanlagenplan mit Dachdraufsicht mit folgenden Inhalten einzureichen: oberirdische und unterirdische Einbauten, begrünte und befestigte Freiflächen, Ausmaß der Dachbegrünung, Baumpflanzungen und Leitungen.
- (13) Geländeänderungen sind bis zu einer Höhe von maximal 0,5 m zulässig.

§ 9 BESTEHENDE GEBÄUDE

- (1) Bei bestehenden, bewilligten Gebäuden außerhalb der zur Bebauung bestimmten Flächen sind Umbauten und Instandhaltungsarbeiten zulässig, nicht jedoch Zubauten.
- (2) Bei bestehenden, bewilligten Gebäuden/Gebäudeteilen außerhalb der zur Bebauung bestimmten Flächen sind Nutzungsänderungen nicht zulässig.

§ 10 SONSTIGES

- (1) Werbeanlagen sind auf Gebäuden ausschließlich, bis zu einer maximalen Oberkante von 5,0 m, an der Fassade montiert zulässig.
- (2) Werbeeinrichtungen sind als Einzelbuchstaben oder Schilder, Leuchtkästen, fotorealistische Abbildungen u. dgl. bis maximal 0,5 m² zulässig.
- (3) Freistehende Werbeanlagen und Werbepylone sind nicht zulässig.
- (4) Einfriedungen sind ausschließlich in nicht blickdichter Form bis zu einer Höhe von max. 1,50 m zulässig.
- (5) Lärmschutzwände sind nicht zulässig.
- (6) Müllsammelstellen sind in das Hauptgebäude zu integrieren.

§ 11 INKRAFTTRETEN

- (1) Dieser Bebauungsplan tritt gemäß § 101 des Statutes der Landeshauptstadt Graz mit 30. Mai 2024 in Kraft.
- (2) Der Bebauungsplan liegt im Magistrat Graz, Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, 6. Stock, während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Für die Bürgermeisterin:
Der Abteilungsleiter der Präsidialabteilung

Mag. Helmut Schmalenberg
elektronisch unterschrieben

KUNDMACHUNG

**Auflage des Entwurfes des Bebauungsplanes
und Anhörung gemäß § 40 Abs. 6 Z 1
Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010**

GZ.: A14-076256/2023/0001

06.33.0 Bebauungsplan „Trattenweg Südseite“

VI. Bez., KG Jakomini

Der Entwurf des 06.33.0 Bebauungsplanes „Trattenweg Süd“ wird gemäß § 40 Abs. 6 Z 1 StROG 2010 über 9 Wochen, in der Zeit

von Donnerstag, den 30. Mai bis Donnerstag, 1. August 2024

zur allgemeinen Einsicht und zur Anhörung für die grundbücherlichen Eigentümer:innen der im Planungsgebiet liegenden Grundstücke aufgelegt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes liegt gemäß § 101 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz im Stadtplanungsamt des Magistrates Graz, Europaplatz 20, 6. Stock, während der Amtsstunden (Montag bis Donnerstag, 8:00 bis 15:00 Uhr, Freitag, 8:00 bis 12:30 Uhr), zur allgemeinen Einsicht auf.

Eine Beratung wird zu den Parteienverkehrszeiten (Dienstag, 8.00 bis 14.00 Uhr) angeboten.

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist auch auf der Homepage der Stadt Graz zu finden:

<http://www.graz.at/bebauungsplanung>

Innerhalb der Auflagefrist können Einwendungen schriftlich und begründet beim Magistrat Graz, Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, 6. Stock, bekanntgegeben werden

Die betroffenen grundbücherlichen Eigentümer:innen werden von dieser Kundmachung zudem schriftlich benachrichtigt.

Für die Bürgermeisterin:
Der Abteilungsleiter der Präsidialabteilung

Mag. Helmut Schmalenberg
elektronisch unterschrieben

KUNDMACHUNG

**Auflage des Entwurfes des Bebauungsplanes
und Anhörung gemäß § 40 Abs. 6 Z 1
Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010**

GZ.: A14-048437/2017/0002

13.03.2 Bebauungsplan „Waldweg“, 2. Änderung XIII. Bez., KG Gösting

Der Entwurf des 13.03.2 Bebauungsplanes „Waldweg“, 2. Änderung wird gemäß § 40 Abs. 6 Z 1 StROG 2010 über 9 Wochen, in der Zeit

von Donnerstag, den 30. Mai bis Donnerstag, 1. August 2024

zur allgemeinen Einsicht und zur Anhörung für die grundbücherlichen Eigentümer:innen der im Planungsgebiet liegenden Grundstücke aufgelegt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes liegt gemäß § 101 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz im Stadtplanungsamt des Magistrates Graz, Europaplatz 20, 6. Stock, während der Amtsstunden (Montag bis Donnerstag, 8:00 bis 15:00 Uhr, Freitag, 8:00 bis 12:30 Uhr), zur allgemeinen Einsicht auf.

Eine Beratung wird zu den Parteienverkehrszeiten (Dienstag, 8.00 bis 14.00 Uhr) angeboten.

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist auch auf der Homepage der Stadt Graz zu finden:

<http://www.graz.at/bebauungsplanung>

Innerhalb der Auflagefrist können Einwendungen schriftlich und begründet beim Magistrat Graz, Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, 6. Stock, bekanntgegeben werden

Die betroffenen grundbücherlichen Eigentümer:innen werden von dieser Kundmachung zudem schriftlich benachrichtigt.

Für die Bürgermeisterin:
Der Abteilungsleiter der Präsidialabteilung

Mag. Helmut Schmalenberg
elektronisch unterschrieben

VERORDNUNG

GZ.: Präs-010986/2003/0053

„Änderung der Grazer Straßenmusikverordnung 2012“

Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 16.05.2024, mit der die Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 05.07.2012 betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Grazer Straßenmusikverordnung 2012), GZ: Präs-010986/2003/0012, Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 11/2012 zuletzt in der Fassung Nr. 07/2021, geändert wird.

Gemäß Art 118 Abs. 6 Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl. Nr. 1/1930 (WV) idF. BGBl. I Nr. 5/2024, und § 42 Abs. 1 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF. LGBl. Nr. 20/2024, wird verordnet:

Die Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 05.07.2012 betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Grazer Straßenmusikverordnung 2012), GZ: Präs-010986/2003/0012, Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 11/2012 zuletzt in der Fassung Nr. 07/2021, wird wie folgt geändert:

Artikel I

§ 1 lautet:

„Straßenmusik im Sinne dieser Verordnung sind musikalische Darbietungen an öffentlichen Orten im Grazer Stadtgebiet, sofern dafür keine besonderen Bestimmungen in Landes- oder Bundesgesetzen oder dazu ergangenen Durchführungsverordnungen gelten.“

Artikel II

In § 2 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „an öffentlichen Orten im Grazer Stadtgebiet“.

Artikel III

§ 2 Abs. 3 lautet:

„Straßenmusik darf nur in der Zeit von 11.00 bis 11.45 Uhr, von 12.30 bis 13.15 Uhr, von 14.00 bis 14.45 Uhr, von 15.30 bis 16.15 Uhr, von 17.00 bis 17.45 Uhr, von 18.30 bis 19.15 Uhr und von 20.00 bis 20.45 Uhr dargeboten werden.“

Artikel IV

§ 3 Abs. 2 lautet:

„Dieselbe/Derselbe Straßenmusiker/in darf denselben Spielort einschließlich eines Umkreises von 100 Metern von diesem Ort pro Spieltag maximal viermal bespielen, wobei diese Spielzeiten (§ 2 Abs. 3) nicht aufeinanderfolgen dürfen (wird ein Spielort bspw. von 11.00 bis 11.45 Uhr bespielt, darf derselbe Spielort einschließlich eines Umkreises von 100 Metern von diesem Ort von derselben/demselben Straßenmusiker/in frühestens ab 14.00 Uhr neuerlich bespielt werden).“

Artikel V

In § 3 Abs. 3 3. Satz wird die Wortfolge „Ein Musiker“ durch die Wortfolge „Ein/e Musiker/in“ ersetzt.

Artikel VI

Dem § 6 wird der folgende 4. Satz angefügt:

„Eine rechtskräftig erteilte Bewilligung gilt als Anmeldung im Sinne des § 3 Abs. 3.“

Artikel VII

Diese Verordnung wird im elektronisch geführten Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz unter der Internetadresse www.graz.at kundgemacht und tritt mit 10. Juni 2024 in Kraft.

Für die Bürgermeisterin:

Der Abteilungsleiter der Präsidialabteilung

Mag. Helmut Schmalenberg

elektronisch unterschrieben

VERORDNUNG

GZ.: A17-RST-065261/2024/0013

Graz, 24. Mai 2024

Trassenverordnung

Verordnung des Stadtsenats vom 24. Mai 2024 über das Straßenbauvorhaben betreffend die Straßen- und Grünraumgestaltung im Zuge der **Gleissanierung Maiffredygasse/Leonhardstraße** gemäß § 8 Abs. 3 des Steiermärkischen Landes-Straßenverwaltungsgesetzes 1964, LGBl. Nr. 1964/154, idF. LGBl. Nr. 80/2021.

Auf Grund des § 61 Abs. 2 des Statuts der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, iVm § 1 Abs. 2, 4 und Punkt 1. Anlage A der Geschäftsordnung für den Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz idF. vom 01.07.2022 und der obgenannten Bestimmung werden folgende Straßenzüge verordnet:

In der Maiffredygasse entstehen Grünflächen in der Größe von ca. 450 m² mit 9 neuen Baumpflanzungen und in der Leonhardstraße ca. 60 m² mit 3 neuen Bäumen.

Es entfallen insgesamt 21 Schrägparkplätze in der blauen Zone in der Maiffredygasse, davon 10 Schrägparkplätze im Bereich des Lebensmittelgeschäfts. Diese Stellplätze werden durch 4 Längsparkplätze mit 2 Baumpflanzungen ersetzt. 6 weitere Schrägparkplätze entfallen im Bereich der Apotheke. 5 weitere Schrägparkplätze entfallen beim Gastgarten eines Gastbetriebs, stattdessen wird in diesem Bereich eine Ladezone (12 m) definiert und umgesetzt.

Die Kreuzung Leonhardstraße/Schillerstraße/Lessingstraße/Lichtenfelsgasse wird neu organisiert.

Zusätzlich ist geplant, den Straßenraum in Bereich der Kunstuniversität durch 3 Baumpflanzungen und einen Grünstreifen aufzuwerten.

Die genaue Gestaltung dieses Straßenbauvorhabens ist aus dem, nach Maßgabe des nach § 101 Abs. 2 des Statuts der Landeshauptstadt Graz einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden, in der Bau- und Anlagenbehörde des Magistrats Graz, Europaplatz 20, 8020 Graz, aufliegenden Verordnungsplan (Maßstab 1:500) vom 04.04.2024, Plannummer: 323025-03-52, einliegend in der Projektmappe "Einreichprojekt, Gleissanierung Bogen Parkhotel" der BHM Ingenieure – Engineering & Consulting GmbH vom 09.01.2024, 22.03.2024, 27.03.2024, 28.03.2024 und vom 04.04.2024, Plannummer 323025, idF. der Projektänderung/-adaptierung vom 30.04.2024, zu ersehen (Einlage 7).

Für die Bürgermeisterin:
Der Abteilungsleiter der Präsidialabteilung

Mag. Helmut Schmalenberg
elektronisch unterschrieben

[Gemeinderatssitzung vom 19. Oktober 2023](#)

Details

- zur **Fragestunde**,
- der **Tagesordnung**,
- der **Dringlichkeitsanträge, Anfragen und Anträge** sowie
- zum **Wortprotokoll**

aus der oben angeführten Gemeinderatssitzung entnehmen Sie bitte der Homepage der Stadt Graz (*siehe Link Überschrift*).

[Gemeinderatssitzung vom 16. November 2023](#)

Details

- zur **Fragestunde**,
- der **Tagesordnung**,
- der **Dringlichkeitsanträge, Anfragen und Anträge** sowie
- zum **Wortprotokoll**

aus der oben angeführten Gemeinderatssitzung entnehmen Sie bitte der Homepage der Stadt Graz (*siehe Link Überschrift*).

[Nachruf Prof. Harald Seewann](#)

aus dem Wortprotokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. November 2023

[Nachruf Gregor Hammerl](#)

aus dem Wortprotokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. November 2023

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2023

Details

- zur **Fragestunde**,
- der **Tagesordnung**,
- der **Generaldebatte**
- der **Spezialdebatte**
- der **Reden der Stadtsenatsmitglieder**
- der **Anfragen und Anträge** sowie
- zum **Wortprotokoll**

aus der oben angeführten Gemeinderatssitzung entnehmen Sie bitte der Homepage der Stadt Graz (*siehe Link Überschrift*).



IMPRESSUM

AMTSBLATT DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Graz – Präsidualabteilung

DVR 0051853

Verantwortlich im Sinne des Mediengesetzes: Mag. Helmut Schmalenberg, Rathaus 2. Stock, Tür 217.

Redaktion: Wolfgang Polz, Rathaus, 3. Stock, Tür 323, Telefon 0316/872-2316,
E-Mail: wolfgang.polz@stadt.graz.at

Ausdrucke des Amtsblattes sind gegen Kostenersatz in der Präsidualkanzlei,
Rathaus, 2. Stock, Tür 224, Telefon 0316/872-2302, erhältlich.

Erscheint jeweils am zweiten Mittwoch nach den Gemeinderatssitzungen bzw. nach Bedarf.

